

Michael Kolmer (Bündnis 90 Die Grünen)
Hanno Benz (SPD)
Paul Georg Wandrey (CDU)
Ulrich Franke (Die Linke)
Holger Klötzner (Volt)
Kerstin Lau (Uffbasse)
Gerburg Hesse-Hanbuch (FDP)

Mitglied im Deutschen Mieterbund

Nieder-Ramstädter Straße 209
64285 Darmstadt



Darmstadt, den 15.12.2022

Fragen zur Oberbürgermeisterwahl

Sehr geehrte ...,

dass die Wohnungsfrage *die* soziale Frage unserer Zeit ist, wurde in der Politik schon vor Jahren erkannt. Gelöst wurde die Frage nicht, im Gegenteil: Die Wohnungsmieten steigen gerade in Darmstadt immer schneller. Sie belasten Mieterinnen und Mieter noch mehr als die Inflation und die explodierenden Energiekosten, denn die Miete stellt den höchsten Betrag ihrer monatlichen Ausgaben dar.

Nachdem der Mietspiegel 2022 gezeigt hat, dass die hiesigen Mieten sogar das Mietniveau in Frankfurt überholt haben, ist dringender Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene unübersehbar, zumal die auf Bundesebene versprochenen 400.000 Wohnungen jährlich nicht realisierbar sind.

Im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl interessiert uns deshalb Ihre Haltung zu folgenden Fragen:

1. Sozialwohnungen

Darmstadt ist stolz darauf, bei Sozialwohnungen besser abzuschneiden als andere hessische Städte und Landkreise. Dennoch warten mehr als 2400 Haushalte auf eine geförderte Wohnung und wissen nicht, wie sie die Mieten auf dem freien Markt aufbringen sollen. Angesichts der Energiepreisentwicklung und Inflation wird die Zahl der Bewerber absehbar steigen.

Gleichzeitig beklagen Genossenschaften wie WohnSinn eG, aufgrund gestiegener Bodenpreise, Baukosten und Zinsen zu den geltenden Förderbedingungen keine Sozialwohnungen mehr bauen zu können.

Sehen Sie und Ihre Partei Bedarf für eine größere Zahl von Sozialwohnungen?

Wie stehen Sie zu einer Anpassung der Förderbedingungen, z.B. durch eine Anhebung der Zuschüsse und/oder eine Anhebung der Mietobergrenze?

2. Grundstücksvergabe durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt

Wie sehen Sie die Forderung, keine Grundstücke mehr an gewinnorientierte Unternehmen zu vergeben?

Welche sonstigen Maßnahmen sollte die Stadt treffen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen?

3. Bezahlbare Wohnungen bei der Bauverein AG

Der um 17,4 % gestiegene Mietspiegel wurde von der Bauverein AG ausgerechnet in einem Krisenjahr 2022 wieder zum Anlass genommen, die Mieten zahlreicher Darmstädter Bürger und Bürgerinnen zu erhöhen. Die Mieterhöhungen wurden zwar auf „nur“ knapp 10 % begrenzt, die nächste Mieterhöhung folgt jedoch erfahrungsgemäß schon 15 Monate später.

Durch das wohnungspolitische Konzept der Stadt sind Mieterhöhungen nur für Bezieher „mittlerer Einkommen“ auf ein Prozent jährlich begrenzt. Auch Menschen, die mehr als 19.621 € jährlich verdienen, können die gestiegenen Lebenshaltungskosten jedoch nicht mehr stemmen. Zudem tragen die Mieterhöhungen der Bauverein AG zu einem weiteren Anstieg des Mietspiegels bei.

Halten Sie es für eine vorrangige Aufgabe des kommunalen Wohnungsunternehmens Bauverein AG, bezahlbaren Wohnraum für seine Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen?

Wie stehen Sie zu der Forderung, Mieterhöhungen bei der Bauverein AG für alle Mieter auf ein Prozent jährlich zu begrenzen, statt Gewinne an die Stadt auszuschütten?

Uns ist bewusst, dass der Oberbürgermeister allein die Wohnungsfrage nicht lösen können wird. Für eine spürbare Entlastung ist eine Kombination vieler Maßnahmen auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene erforderlich. Deshalb interessiert uns, welchen Beitrag auf kommunaler Ebene Darmstädter Mieterinnen und Mieter von Ihnen im Zusammenwirken mit Ihrer Partei erwarten können.

Mit freundlichen Grüßen

MIETERBUND DARMSTADT
Region Südhessen e. V.

(Regina Kamm)

(Dr. Kyra Seidenberg)